

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 9. Januar 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 7

Befindet sich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: Einzelheft 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 3,10 Pf. + 50 Pf. Botenlohn = 3,60 Pf., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,60 Pf., unter Streifenband 3 Pf. Einzelheftpreis: Die schneefallene Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Werbeanzeige: Die dreizehnhundert Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenaufnahme in der Hauptabteilung um 1 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptabteilung: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, 2. o. l. Etage, Telefon 404 59. Postfach 1001.
Breslau 544, Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, Telefon 404 59. Geschäftszeit der Redaktion von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialabteilungen: Berlin, Bismarckstr. 23/24, Geschäftszeit von 9-12 Uhr. Geschäftszeit: Hauptabteilung Breslau, Berlin: Schöneberg, Postfach 10. A. D. Breslau. — Druck: „Der Rote Stern“, Filialdruckerei, Kreuzberg Straße 50, Telefon 404 59.

Der Schrei der Bergarbeiter-Massen

Her mit dem Roten Verband!

Mit Artikel 48 soll jeder Kampf unmöglich gemacht werden — Schuhfabrikanten fordern 40 Proz. Lohnraub — Direktor, Steiger, Betriebsrat bewaffnet gegen die Streikenden — Gewaltige Massendemonstrationen gegen Unternehmer, Polizei- und Bonzenterror — Nur Streik führt zum Siege

Nieder mit den Streifbruch- und Lohnraubverbänden

Hindenburg, 9. Januar. Ein von mehreren Tausenden Bergarbeitern gebildeter Demonstrationzug bewegte sich heute durch die Straßen Hindenburgs. Nieder-Rufe auf die Streifbruchorganisationen und die Brünningsche Hungerregierung schollen aus den Reihen der streikenden Bergkumpels. Die Demonstration bewegte sich bis zum Platz an der Allenstraße, wo Genosse Seibmann, Hindenburg, und Genosse Walter, vom Zentralen Kampfausschuss des Ruhrgebietes, zu den Demonstrierenden sprachen, und auch über die Streiflage berichtet wurde. Von beiden Genossen wurde insbesondere die verräterische und streifbrucherische Taktik der reformistischen, christlichen und faschistischen Führer in diesem Kampfe beleuchtet, welche mit Hilfe der Polizei den kämpfenden Kumpels in den Rücken fallen. Die Schaffung eines Roten Bergarbeiterverbandes wurde von den Bergarbeitern demonstrativ gefordert, um so in aller Zukunft eine wirkliche proletarische Stöckkraft gegen Unternehmerdiktatur und Willkür zu haben.

Auch die Erwerbslosen Hindenburgs, die gerade eine Versammlung abhielten, schlossen sich der oben erwähnten Demonstration der Bergarbeiter an, um so nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich mit den streikenden Kumpels solidarisch erklären.

Bei der Erwerbslosenversammlung wurden zwei Protestentscheidungen zur Abstimmung gebracht, die einstimmige Annahme fanden. Viele Protestentscheidungen hatten folgenden Wortlaut:

„Die am heutigen Tage bei Plezla stattfindende öffentliche Erwerbslosenversammlung nimmt Kenntnis vom Streik der Bergarbeiter in Oberschlesien. Die Versammlung ist sich bewußt über den Ernst der Lage, und versichert den Bergarbeitern aktive Unterstützung im Kampf. Kein Erwerbsloser wird sich für Streifbrucherarbeit in den Morchhöhlen des Bergbaues mißbrauchen lassen. Gemeinsam werden wir Streifposten setzen, um den letzten Streifbrucher herauszuholen. Die Forderungen der Streikenden sind gerechtfertigt. Nur durch einen gemeinsamen Kampf, unter Führung der RPD., werden wir die Sklavenketten sprengen.“

Die zweite Entschließung hatte folgenden Wortlaut:

„Die hier versammelten Erwerbslosen Hindenburgs sowie die hier anwesenden streikenden Bergarbeiter sehen in dem ungeheuren Verrat der Arbeitsgemeinschaft, die mit dem Gelde des Unternehmers ein Flugblatt, das zum Streifbruch auffordert, zur Verteilung bringt, und einen Aufruf in der gleichen Richtung in den schwerkopftätigen Zeitungen erläßt, eine neue Methode ihrer verräterischen Taktik. Jetzt muß die Arbeiterklasse begreifen, um was es geht, und daß sie sich in Zukunft eine eigene wirtschaftliche Kampforganisation schafft, die das Ziel der RPD. fortsetzt, um an die Heranbildung eines Roten Einheits-Bergarbeiterverbandes zu gehen.“

Ganz allgemein gesehen, ist auch die Stimmung unter den hiesigen Erwerbslosen eine äußerst erregte, zumal die Polizei schon wahre Kolonialatacken gegen die Erwerbslosen beim Streifpostenstellen vom Stapel gelassen hatte.

Wie im Ruhrgebiet, setzte auch hier in den Streifkreisen ein maßloser Terror der Polizei ein. Reformistische Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Redakteure geben sogar der Schupo Anweisungen zu ihrem brutalen Vorgehen gegen die Streikenden. Manche gehen gleichen mahren Schupoasernen. Zwischen durch gehen Grubendirektoren und sonstige Angestellte mit Revolvern einher, und haufen mit den Schupos in den Zechenhäusern und in den Waschlauen in

der brutalsten Form. Der Zugang erwerbsloser Stahlhelmer und Faschisten wird klandestinitätlich registriert. Die Streifbrucherkolonnen werden von der Schupo an die Bahn, an die Elektrische begleitet, und ebenso bei der Anfahrt von Bahnhöfen und Haltestellen abgeholt. Im Revier der Luisenstraße suchte die Schupo die Arbeiterverhölter mit Scheinwerfern ab. Auf der Gastkengogrupe schickt man Landesschützen als

Spiegel aus. Auf der Breuhengrupe in Mieschowitz erklärte das hiesige Betriebsratsmitglied Schneider den Streikenden:

„Auf unserer Seite steht die Polizei, und wir werden das Kommunikenekst schon ausräuchern!“
Auf der Abwehrgrupe in Mikulskühn herrschte in den Badehäusern (Fortsetzung auf 2. Seite.)

Schlichtungsordnung durch Diktatur erseht

Essen, 9. Januar. (Sig. Drahtbericht.) Der Schlichter Professor Brahn hat die Tarifparteien des Ruhr-Bergbaues für Sonnabend um 9.30 Uhr zu neuen Schlichtungsverhandlungen eingeladen. Das erste Morgenblatt der „Völkischen Zeitung“ vom 9. Januar schreibt dazu:

„Wie die Dinge liegen, mußte auch die gestrige Besprechung der in Berlin anwesenden Minister unter Vorsitz Dietrich die Möglichkeit des Scheiterns ins Auge fassen. Als Ausweg käme eine Notverordnung in Betracht, die in Abänderung der Schlichtungsordnung, — das heißt der entscheidenden Auslegung, die ihr vor zwei Jahren das Reichsarbeitsgericht gegeben hat —, den Einmann-Schiedspruch des Schlichters für zulässig erklären würde. Kein Zweifel, daß diese Notverordnung angesichts der Gefahr der Aussperrung von 300 000 Arbeitern sich wie kaum eine ihrer Vorgängerinnen sehr wohl auf den Artikel 48 berufen könnte.“

Diese Meldung wird vom heutigen „Vorwärts“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in derselben Linie ergänzt. Es ist die Erwartung, daß der Reichspräsident heute oder morgen eine Notverordnung erläßt, die auf Grund des Artikels 48 das Schlichtungswesen entschieden ändert. Das würde die hundertprozentige Faschisierung des Schlichtungswesens überhaupt bedeuten.

Essen, 9. Januar. (Sig. Drahtbericht.) Gestern standen noch die Zechen Neumühl, Bederswerth, Westfalen I und II, De Wendel,

Lohberg und 300 Mann von Thyssen 3-7 im Streik. Auf Thyssen 4 wurde heute die Arbeit wieder ausgenommen, nachdem die Zechenverwaltung auf ein Ultimatum der Belegschaft zurückgegriffen hatte, keinelei Maßregelungen vorzunehmen.

Wie uns bei Nebalktionschluß gemeldet wird, beschloß die Zentrale Streikleitung einen Aufruf, indem sie die Belegschaften angesichts des ungeheuerlichen Streifbruchs der Gewerkschaftsbürokratie und des brutalen Polizeiterrors auffordert, geschlossen in die Betriebe zurückzugehen, um gemeinsam mit der gesamten Ruhr-Bergarbeiterklasse die zweite Streikwelle für den Augenblick der Fällung des Lohnraubschiedspruches vorzubereiten. Nicht Kampfaufhebung, sondern Kampfunterbrechung, zur Förderung des neuen und noch breiteren Angriffs in wenigen Tagen, so lauten die Beschlüsse der Belegschaften. Zahlreiche Belegschaftsversammlungen haben den Streik als Antwort auf einen Lohnraubschiedspruch beschlossen. In den nächsten zwei Tagen finden mehr als 100 Belegschaftsversammlungen im Ruhrgebiet statt, die der Vorbereitung der Gründungskonferenz des „Roten Bergarbeiterverbandes“ am kommenden Sonntag, der Stärkung der proletarischen Einheitsfront, der Erweiterung der bestehenden Kampfausschüsse und der Entfaltung der neuen Streikwelle dienen sollen. Den Aufruf der Zentralen Streikleitung, der noch nicht im Wortlaut vorliegt, werden wir morgen auszugeweißt veröffentlichen.

Ein neues Warnsignal für die Arbeiterklasse

Berlin, 9. Januar. Die vereinigten Fabrikanten der Schuhindustrie haben in einer Sitzung in Berlin den Beschluß gefaßt, eine 40prozentige Senkung der Löhne durchzuführen. Weiter verlangen die Unternehmer beim kommenden Tarifabschluß völlig freie Hand bei Festlegung der Löhne und der Arbeitszeit.

Eine besonders provokatorische Note bekommt dieser unerhörte Lohnabbau noch durch die Absicht, die ohnehin bereits sehr niedrigen Löhne der Arbeiterinnen ganz besonders herabzusetzen.

Galle, 9. Januar. Im mittelländischen Straßenbau planen die Unternehmer, einen Lohnabbau um 34 Prozent durchzuführen. Sie unterbreiten für diesen Abbau ihren Arbeitern Revolver, wodurch sich dieselben verpflichtet, zu den herabgesetzten Löhnen zu arbeiten.

Diese beiden Meldungen beleuchten sichtlich die Situation, wie sie durch den sozialfaschistischen Verrat für die Arbeiterklasse entstanden ist. Nimmt man hinzu die beabsichtigte Ersetzung der bis-

herigen Schlichtungsordnung durch den § 48, dann muß auch dem letzten Arbeiter zum Bewußtsein kommen, daß die Bourgeoisie ihren Hungerkurs auf die absolute völlige Verelendung der Arbeiterklasse eingestellt hat. In der Schuhindustrie werden schon heute Hungerlöhne gezahlt; hier einen 40prozentigen Lohnabbau vorzunehmen, stellt eine wahre Notordleistung dar.

Aber es zeigt auch die Perspektive auf, die vor der Arbeiterklasse liegt. Wird durch eine Notverordnung der Artikel 48 an Stelle des Schlichtungsstrides gesetzt, dann ist selbstverständlich die Bahn völlig frei für den hemmungslosesten Lohnabbau. Dann werden alle Kapitalklassen dem Beispiel der Schuhfabrikanten folgen.

Deshalb muß diese Tatsache auch alle diejenigen alarmieren, die bisher noch immer den Ernst der Stunde nicht begriffen haben. Nur der Massenkampf unter revolutionärer Führung ist imstande, diesen Hungerfeldzug zum Scheitern zu bringen.

Schachtdelegiertenkonferenz am Sonntag, dem 11. Januar

in Nieder-Hermsdorf
„Vorwärtshütte“ Beginn 9 Uhr

Alle niederschlesischen Schachtanlagen entsenden auf breiter Grundlage der betrieblichen Einheitsfront ihre Delegierten. Die betrieblichen Kampfleitungen müssen restlos vertreten sein. Frauen-, Jugend- und Erwerbslosenbelegierte müssen sich gleichfalls an der Konferenz beteiligen.

Industriegruppenleitung Bergbau der RGO.

gleichfalls ein brutaler Terror. Hier wütht man die Kräfte mit dem Revolver, sich anzusehen und einzufahren. Auch der Betriebsrat Bräuer zeigte sich mit einem Schießprügel. Aus der Wohnung des Sozialfaschisten Ohmann warf man den demonstrierenden Bergarbeitern Flugblätter zu, welche zum Streikbruch aufforderten. Hier verhaftete auch die Polizei sechs Kumpels in ganz willkürlicher Weise, gab sie dann aber unter dem Druck der erregten Stimmung wieder frei.

Die Verwaltung der Schweißgrube hatte sich für ihre Streikbrecherkolonnen mehrere Neben- und Eingänge geschaffen, und an jedem dieser Ein- und Ausgänge Schupo postieren lassen. Auch versuchte die Schupo hier einen Angriff auf das Arbeiterheim, indem sie gegen daselbe scharf schoss, was die in der Nähe wohnenden Protesten mit einem Flaschen- und Schmelzbombardement aus den Fenstern beantworteten.

Die Hohenjollergrube arrangierte nach einer Belegschafts-

versammlung eine Demonstration, nach ganz unparteiische Personen mußten erklären, daß eine solche Demonstration hier schon seit Jahren nicht mehr gesehen worden ist. Auf etlichen Gruben verbot man die Penetration der Zeichenhüter zu Belegschaftsversammlungen, und ließ die alten Schlüssel der Betriebsratsbüros losreißen, um sie durch neue zu ersetzen. Dergleichen wurden auf mehreren Gruben Massen-Überrückungen ausgesprochen, während man andererseits von den Arbeitnehmern Streikbrecher in Massen anfordert.

Die vom Arbeitsamt Gleiwitz nach der Sosnigrube dirigierten Arbeitlosen ließen sich dazu nicht mißbrauchen, sondern reihen sich in die Reihen der Streikposten ein. Auf der Gosselengrube traten Frauen den Streikbrechern aktiv entgegen, und hier war es auch ein Schupo, allerdings ein weißer Kabe, der erklären mußte, daß die Forderungen der streikenden Bergarbeiter durchaus gerecht seien.

An dieser Stelle soll gleichzeitig bemerkt werden, daß die Beschäfts-

geheten Forderungen nur für ein gutes Recht kämpft. Man hat auch auf dieser Seite eingesehen, daß, wenn der Arbeiter verbietet, auch der Beschäftigte eine bessere Existenz hat.

Die Belegschaft der Abwehrgrube erklärte, daß sie geschlossen in der Kampffront der ober-schlesischen Bergarbeiter steht. Der Streik, unter Führung der A.G.D., ist das einzige Mittel, um einen Lohnraub sowie jegliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Der Streik wird geführt nicht nur gegen die Zeichenbarone, sondern gegen sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie, die gemeinsam mit Hilfe der Polizei diesen Streik niederzuknüllen wollen. Die Belegschaft hat erkannt, daß ein erfolgreicher Kampf nur unter der Führung einer revolutionären Kampforganisation geführt werden kann.

Die A.G.D. ist die einzige Führerin, die die Interessen der Bergarbeiter vertritt. Die Belegschaft fordert von der A.G.D. die Einberufung einer Bergarbeiterkonferenz am 11. Januar und verlangt von dieser Konferenz, die Initiative zu ergreifen zur Schaffung eines Auten Einheits-Bergarbeiterverbandes für Oberschlesien. Von allen anderen Schachtanlagen fordert die Belegschaft, daß dieser Resolution anzuschließen und Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden.

Es lebe der Streik!
Nieder mit allen Lohnräubern und Streikbruchorganisatoren!
Es lebe der Rote Einheitsverband der ober-schlesischen Bergarbeiter!

Polizewacht regte Diktatur-Schlichtung an
Breslau, 9. Januar. Die „Polizewacht“ von gestern hatte in dem Kommentar zu den Schlichtungsverhandlungen im Bergbau u. a. geschrieben: „Wie der Reichsarbeitsminister den gordischen Knoten lösen will, ist im Augenblick noch unklar. Man sieht jetzt, daß die Befestigung der Einmännchensprüche durch das Reichsarbeitsgericht ein Daner-geschenk für die Wirtschaft war. Vielleicht durchhaut der Reichsarbeitsminister den gordischen Knoten und ermöglicht wieder eine Schlichtung auch für die Fälle, in denen ein Zusammengehen des Schlichters mit keiner der beiden Parteien möglich ist.“

Breslauer Brauereiarbeiter wollen Solidaritätsauschub
Breslau, 9. Januar. Gestern fand eine Betriebsversammlung der Haase-Brauerei statt, in der folgende Entschliessung angenommen wurde. Der gewählte Solidaritätsauschub besteht aus drei Kollegen. „Die am 8. Januar bei Zoublid versammelten Brauereiarbeiter von Haase erwiderten den streikenden Bergarbeitern die herzlichsten Kampfgrüße und geloben, ihren Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Als sofortige Hilfsmassnahme wählen sie einen Solidaritätsauschub, der sofort Hand in Hand mit der Z.A.S. in Tätigkeit tritt.“

Französischer Solidaritätsgruß an die kämpfenden Kumpels
Paris, 9. Januar. (Fig. Drahtber.) Der Revolutionäre Bergarbeiterverband von Frankreich sandte an die kämpfenden Bergarbeiter Oberschlesiens und des Ruhrgebiets das folgende Begrüßungs-telegramm: „Der Revolutionäre Bergarbeiterverband Frankreichs sendet im Namen aller revolutionären Bergarbeiter den tapferen Streikenden an der Ruhr und in Oberschlesien, die gegen die Kürzung ihrer Löhne kämpfen, flammenden Gruß. Die französischen Bergarbeiter sind mit Eurem Kampf solidarisch und werden alles tun, um die internationale Kampffront zusammenzuschweißen und den Angriff des Unternehmertums in Deutschland, England und Frankreich zurückzuschlagen.“

Z.A.S. Groß-Berlin beschließt verstärkte Solidaritätsaktion
Berlin, 8. Januar. (Fig. Drahtber.) Am Mittwoch, dem 7. Januar, tagte eine von über 700 Funktionären besuchte Konferenz der Z.A.S. Groß-Berlins und nahm Stellung zur Streiklage im Reich und der Verstärkung und Ausbreitung der Solidaritätsaktion. Folgendes Telegramm wurde an die Streikleistungen in Essen und Hindenburg unter Beifall einstimmig beschlossen: „Die stark besuchte Funktionärskonferenz der Z.A.S. Groß-Berlins an Rhein, Ruhr und in Oberschlesien. Die Z.A.S. gelobt Einigkeit aller Kräfte, um den kämpfenden Klassenheroischen Solidarität und Hilfe jeder Art zu bieten, um den vorbildlich begonnenen Kampf zu einem politischen Massenkampf gegen Lohnraub, Massenverelendung und faschistische Diktatur, zu einem Kampf für die Bewirtlichung eines sozialistischen Deutschlands zu machen.“

Niederschlesien macht streiffertig
Balzenburg, 9. Januar. Gestern fand in Altmasser eine von der A.G.D. einberufene Bergarbeiterversammlung statt. Die von bestem Kampfsgeist getragen war. Einstimmig wurde nachstehende Entschliessung angenommen: „Die am 8. Januar in Altmasser tagende öffentliche Bergarbeiter-versammlung entscheidet den kämpfenden Kameraden an der Ruhr und in Oberschlesien brüderliche Kampfgrüße und gelobt alles zu tun, um auch hier in Niederschlesien die Schächte streiffertig zu machen, um gemeinsam mit den kämpfenden Kumpels in anderen Revieren den auch hier angeführten Lohnraub von 10 Prozent im Kampf abzuwehren. Alles für die vereinigte Kampf-front von der Ruhr bis Oberschlesien unter Führung der A.G.D.“

Internationaler Kampfabpell an die Arbeiter Bergarbeiter, Kameraden und Kollegen!

Das internationale Grubenkapital hat zu einem großen Schlag gegen die Bergarbeiter ausgeholt. Im Ruhrgebiet und in Oberschlesien, in Deutschland und in Süd-Wales in England haben die Grubenkapitalisten nach langen Verhandlungen mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie über den seit langem beachteten Lohnraub am 1. Januar auf allen Gruben einen acht- bis zehnprozentigen Lohnraub diktiert. Durch diesen brutalen Lohnraub will die internationale Bourgeoisie die Lasten der Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf die Arbeiter verlagern, und durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter ihre Projekte erhöhen, um die Vorbereitungen zu einem imperialistischen Ueberfall auf die Sowjetunion, das Vaterland der Werktätigen, zu verstärken. Diesen brutalen Angriff des internationalen Grubenkapitals haben die Bergarbeiter von Süd-Wales, des Ruhrgebiets und Oberschlesiens mit dem Streik beantwortet. In Süd-Wales sind am 2. Januar 150 000 Bergarbeiter in den Streik getreten, im Ruhrgebiet haben am gleichen Tage 50 000 Bergarbeiter den Streik begonnen. In Oberschlesien sind am ersten Tage 15 000 Kumpels in den Streik getreten.

Den internationalen Angriff der Grubenkapitalisten haben die Bergarbeiter mit der internationalen Offensive gegen den Lohnraub, für Lohnerrhöhung und Einführung der Siebenstundenschicht beantwortet. Gegen die kämpfenden Bergarbeiter stehen aber nicht nur die Grubenkapitalisten und der kapitalistische Staatsapparat, sondern auch die mit diesen beiden auf Leben und Tod verbundene reformistische und sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie. Um den Kampf der Bergarbeiter gegen das Grubenkapital und seine Salaien zum vollen Siege zu führen, ist die aktive Solidarität der Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter aller Länder notwendig.

Die Bergarbeiter von Süd-Wales, des Ruhrgebiets und Oberschlesiens, die in vorderster Reihe den Kampf aufgenommen haben, führen den Kampf nicht nur für sich, sondern für das ganze internationale Bergproletariat. Deshalb fordern wir entsprechend den Beschlüssen der internationalen Konferenz der Bergarbeiter vom 21. Dezember 1930 die Bergarbeiter aller Länder zur sofortigen aktiven Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter an der Ruhr, in Oberschlesien und in Süd-Wales auf. Weigelt die Verräterrolle der Gewerkschaftsbürokratie,

- Es lebe der Kampf und der Sieg der streikenden Bergarbeiter an der Ruhr, in Oberschlesien und in Süd-Wales!
- Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!
- Es lebe der Kampf der Bergarbeiter aller Länder gegen ihre Ausbeuter, die Grubenkapitalisten!

Berlin, den 3. Januar 1931. Internationales Komitee der Bergarbeiter.

der Sozial- und Nationalfaschisten! Bildet auf allen Gruben und in allen Orten Solidaritätsauschüsse zur Unterstützung der Streikenden! Diese Ausschüsse müssen eine breitangelegte Unterstützungskaktion einleiten, die Sammlung von Geldmitteln für die Streikenden organisieren und praktisch durchführen. Die reformistische und sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit den Grubenkapitalisten hofft auf den Hunger und die Not der Streikenden, die diese zwingen soll, sich der Willkür der Unternehmer zu beugen. Diese Hoffnung der Sozialfaschisten und der Grubenherren müßt ihr zunichte machen durch aktive internationale Solidarität.

Deshalb, Bergarbeiter, Kameraden, sammelt jeden Groschen hilfsbereiter, klassenbewusster Arbeiter zur Unterstützung eurer kämpfenden Klassengenossen an der Ruhr und in Süd-Wales. Sammelt schnell und reichlich. Verbindet diese Solidaritäts- und Sammelaktion mit einer breiten Propaganda und Agitationsarbeit für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die revolutionären Verbände.

Stärkt überall die revolutionäre Front des Klassenkampfes, bringt tief in die Reihen der unter Führung der reformistischen und sozialfaschistischen Bürokratie stehenden Gewerkschaften ein, gewinnt diese sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf um Lohn und Brot. Organisiert den Kampf und Streik in eurem Lande gegen eure Ausbeuter, für Lohnerrhöhung und Siebenstundenschicht. Der Vorstoß der Grubenkapitalisten im Ruhrgebiet in Oberschlesien und in Süd-Wales ist auch ein Angriff auf eure Löhne. Der Streik der Ruhrbergarbeiter, der ober-schlesischen Bergarbeiter und der Kameraden in Süd-Wales ist auch euer Streik, deshalb entrollt die internationale Streikfront in allen arbeitern des Ruhrgebiets, Oberschlesiens und von Süd-Wales. Bergarbeiter des Ruhrgebiets, Oberschlesiens und von Süd-Wales! Ihr habt den heldenhaften Kampf aufgenommen. Diesen werden ihr schnell und sicher zum Siege führen, wenn ihr euch um die von euch gewählten Streik- und in Oberschlesien und unter der Führung der Minderheitsbewegung in Süd-Wales kann der Streik gewonnen werden.

Deshalb, Kameraden, im Kampfe stärkt eure Organisation, schließt im Ruhrgebiet durch Masseneintritt in die A.G.D., in Süd-Wales durch Massenanschluß an die Minderheitsbewegung auch organisatorisch eine feste, unzerbrechliche Front des Bergproletariats.

Unternehmer- und SPD.-Presse hekt gegen die streikenden Kameraden

Der am Mittwoch begonnene Streik auf neun Schachtanlagen, mit insgesamt 15 000 Bergarbeitern, kam für die Zeichenbarone und die Gewerkschaftsbürokratie überraschend. Sie hatten nicht an die Kraft der A.G.D. geglaubt, die diesen heroischen Kampf zur Auslösung brachte. Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten haben daraufhin sofort mit einer in-amen Heze in ihrer Presse gegen die Streikenden eingeleitet. Das sozialfaschistische „Hindenburg Tageblatt“, als Publikationsorgan des Polizeipräsidenten, berichtet von einem wilden Streik im Bergbau, der von den Kommunisten entgegen den Parolen der Gewerkschaften inszeniert worden ist.

Die „Oberschlesische Volkstimme“, das Organ des Zentrums, geht in einem längeren Artikel in der Nummer vom 8. Januar auf die „Wilden“ Streiks im ober-schlesischen Bergbau ein. Während die „Schlesische Zeitung“, das Organ der Großagrarien, berichtet, daß am ersten Streiktag bereits zehntausend Streikende zu verzeichnen sind, redet dieses Zentrumsblatt von 3600 Mann. Warum eine solche Lüge? Damit die Streikfront nicht eine weitere Verbreiterung erfährt. Dieses Lügenblatt berichtet, daß die an dem Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften entschieden den Streik ablehnen, und daß das Ziel der Kommunisten bei diesen wilden Streiks der politische Umsturz und die Vernichtung der Bergarbeiterorganisationen sei. Es schreibt weiter: Die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter haben alle Verantwortung, zuerst die noch in Aussicht stehenden Verhandlungen abzuwarten. Die Bergarbeiterorganisationen werden dann noch zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung nehmen. Durch das Vorgehen der Kommunisten werden Not und Elend in erhöhtem Maße in die Bergarbeiterfamilien getragen. In dem gleichen Sinne ist der Aufruf der Tarifgewerkschaften (besser gesagt Streikbrechergewerkschaften - Die Redaktion) gehalten.

In der gleichen Linie wie im Ruhrgebiet setzt die Heze gegen die streikenden Kameraden ein. Die Gewerkschaftsbongen fordern zum direkten Streikbruch auf. Die Polizei soll die Streikbrecher schützen. Kampf gegen jeden Biennig Lohnraub nennen diese Kalenden Verbrecher an der Bergarbeiterchaft. Man will den Bergarbeitern einreden, daß sie durch den Streik in noch größeres Elend geführt werden.

Wer ist schuld an dem Massenelend in Deutschland?

Die kapitalistische „Ordnung“ und alle diejenigen, die dieses faulende System, wo Millionen Not und Hunger leiden, stützen, während auf der anderen Seite Milliarden Profite aus den Knochen der proletarischen Klasse gesaugen werden. Die Gewerkschaftsbongen mit ihren hohen Gehältern, als Anwärter für Futtertruppen im Staat mit noch höheren Gehältern, haben mit den Interessen der streikenden Bergarbeiter nichts mehr gemein. Sie verteidigen diesen Staat, weil er ihnen ihre Futtertruppen sichert. Die faschistische Brüning-Regierung, die von der Sozialdemokratie geführt wird, führt einen wahren Hungertod gegen die Werktätigen Deutschlands durch. Die durch die Notverordnung diktierten Massenruhren haben die Lebenslage der werktätigen Klasse ungemein verschlechtert. Der Diktaturkanzler Brüning wird in den nächsten Stunden in Oberschlesien weilen, um bei Festreffen die Not der Bevölkerung selbst in Augenschein zu nehmen. Die Werktätigen werden Brüning einen „würdigen“ Empfang bereiten. Dort, wo die Ausgebeuteten sich gegen die Ausplünderung wehrten, dort wird die Evening-Polizei mit Gummiknüppel, Armeepistolen und Bajonetten eingesetzt. Morgen schon werden auch hier die Unternehmerföhdlinge nach faullichem Schutz gegen den „Terror der Streikenden“ rufen. Severing und sein Parteifreund, Polizeipräsident Dannehl von Gleiwitz, treffen bereits die Vorbereitungen zum Niederschlagen der Streikfront. Deshalb müssen die Streikenden gleichfalls rücken! Die Massenkämpfe richten sich nicht nur gegen Lohnraub, sondern auch gegen die faschistische Diktatur. Deshalb müssen die Kampfmethoden der Arbeiterchaft andere sein, als in den früheren Kämpfen. Die Parole heißt: Beschaffter Massenkampf gegen die faschistische Hungerdiktatur, für Arbeit, Brot und Freiheit! Die ober-schlesischen Kameraden werden, trotz der infamen Heze gegen sie, ihren Kampf in verstärkter Form fortführen. Die Belegschaften, die noch nicht im Streik stehen, müssen sofort Versammlungen abhalten und in dem den Streik beschließen. In den nächsten Stunden muß das gesamte Revier kampfesfertig sein.

Stapelraub des Panzertrenzers „Hermann Müller“

Imperialistischer Kummel am Tage der Skagerak-Schlacht

Hamburg, 8. Januar. Der Panzertrenzer A (Erlag Preußen), der von der Arbeiterschaft schon längst den Namen „Hermann Müller“ erhalten hat, wird voraussichtlich am 31. Mai, dem Jahrestag der Skagerak-Schlacht, vom Stapel laufen. Bei dieser Gelegenheit ist ein großer militärischer Kummel geplant, an dem wahrscheinlich auch Hindenburg teilnehmen wird.

Dieser Stapelraub krönt den ungeheuerlichen Betrug, den die sozialfaschistischen Führer an der Arbeiterschaft begangen haben. Die Rolle, die bei dem Bau des Panzertrenzers Hermann Müller, Severing, die übrigen sozialdemokratischen Minister und auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gespielt haben, werden jedem Arbeiter stets im Gedächtnis haften bleiben. Nicht dem Verrat an der Arbeiterschaft durch das Vertrauensvotum für Brüning war die Bewilligung der Raten für den Panzertrenzer A das Unglaubliche, was sich jemals die sozialdemokratische Führerschaft gelassen hat. Während sie bei den Reichswahlen 1928 ihren Wahlkampf mit großartigen Scheinprotesten gegen den Panzertrenzerbau führte, bewilligten die Hermann Müller & Co. im Reichskabinett die Gelder für den Bau. Damit hat die Sozialdemokratie gezeigt, daß sie untrennbar mit der imperialistischen Aufrüstung in Deutschland verbunden ist.

Die Arbeiterschaft zieht immer mehr die Lehren aus dem fälschlichen Verrat der SPD-Führer. Die ständige Abwanderung aus den Reihen der sozialdemokratischen Anhänger in die revolutionäre Front muß aber noch mehr gesteigert werden, um den deutschen Imperialisten und den mit ihnen verbundenen Sozialfaschisten jede imperialistische Interventionen abzuwehren gegen die Sowjetunion zu durchkreuzen.

Arbeiter und Bauern gegen Brüning

Königsberger Reichswehrparade vor Hammerstein

Königsberg, 8. Januar. Nach den stürmischen Empfängen, die Brüning in Tilsit und Insterburg erleben mußte, erging es ihm in Lyda und in Johannisburg ähnlich. Auf dem Bahnhof Johannisburg kam es zu großen Demonstrationen der Arbeiter und kleinen Bauern. Sie begrüßten den Reichszug mit dem Rufe: „Wir wollen Arbeit und Brot.“ Die Kleinbauern riefen:

„Wir Zwangsversteigerten haben Hunger.“

Der Reichszugler besuchte nach diesem Empfang, möglichst schnell nach Allenstein weiterzureisen, wo er aber auf dem Schloß bewirtet wurde.

Königsberg, 8. Januar. Der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, der Brüning auf seiner Reise nach dem Osten teilweise begleitete, besichtigte gestern die Königsberger Reichswehr. Die gesamten Spitzen der ostpreussischen Formationen waren bei dieser Parade vertreten. Vor etwa 3000 Soldaten hielt der ostpreussische Wehrkreiskommandant, General von Blomberg, eine Rede, in der er betonte, daß die ostpreussischen Truppen durchaus auf die Verteidigung der Stadt Königsberg und der Provinz eingestellt seien.

Die letzte Meldung zeigt, daß die Ostreise Brünings auch einen starken militärischen Charakter trägt. Bei den Besprechungen der Minister und der Reichswehrgenerale ist bestimmt der Vorbereitung der östlichen Provinzen auf kommende militärische Auseinandersetzungen ein großer Platz eingeräumt. Die Massendemonstrationen der Arbeiterschaft gegen Brüning und seine Diktaturregierung zeigen aber, daß der Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen die imperialistische und faschistische Politik im Wachsen begriffen ist.

„Blutgeruch der Mordkommune“

Die faschistische Streikbrecherpartei über den Heldenkampf an der Ruhr

Der „Völkische Beobachter“ will zum Massenstreik der Youngtaunen im Ruhrbergbau auch was sagen. Wenn die Naziblätter in Berlin und Essen streikbrecherisch ihre Stimme erheben lassen, dann kann Hitlers Leibblatt auch nicht schweigen.

Wie immer beim wirklichen Kampf gegen die Youngausbeuter, hegt das Hitlerorgan im Sinne der Unternehmer gegen die einzige antikapitalistische Partei, die KPD, die den Massenstreik an der Ruhr politisch führte. Das Hitlerblatt weiß über den Ruhrkampf nur zu sagen:

„Was übrigbleibt, ist der Blutgeruch der Mordkommune.“

Und im Anschluß daran stellt das Blatt die faschistische Forderung auf das „Dritte Reich“ des Streikverbots auf:

„Der Nationalsozialismus wird nach der Machtergreifung den Neubau einer Staatsordnung betreiben, in der wirklicher Wirtschaftstriebe herrscht.“

Wo aber natürlich Hitlers geliebte Krupp und Thyssen wetteifern über das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden ausbeuterisch kommandieren dürfen!

Was sind diese faschistischen Streikbrecherführer?

Verräter der kämpfenden Volksmassen, gefaule Schritte-macher der Youngausbeuter.

Jungkumpels in der vordersten Kampffront

Fünf Lehrwerkstätten im Streik

Bei dem heldenhaften Kampf der Ruhrbergarbeiter stehen die Lehrhauer und Kohlschlepper mit in der vordersten Kampffront. Gemeinsam mit den Kumpels von über 40 Schachtanlagen traten die Jungkumpels von den Lehrwerkstätten der Schachtanlagen „Wesfalien“, „Scholven“, „Neumühl“, „Bederweth“ und „Thyssen 4/8“ in den Streik. Alte und junge Bergarbeiter kämpften in geschlossener Front unter der Führung der KPD.

Ruhrstreik zerschlägt die Lohnraubpläne Brünings

Die Regierung der „starken Männer“ sucht jämmerlich nach einem Ausweg — Stegerwalds Entschuldigungsgeflamme — Brüning-Regierung will Lohnraub und Millionen-Subventionen auf Kosten der Erwerbslosen — Nun erst recht Kampf!

Die Regierung Brüning, die sich nach dem 14. September als die Regierung der Frontsoldaten, die Regierung der „starken Männer“ präsentierte und mit Hilfe sozialdemokratischer Unterstützung ihre Stärke in hemmungsloser Brutalität gegen die hungernden Volksmassen zeigte, ist durch den Ruhrstreik und den Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter stark erschüttert worden. Sie hatte mit den Zechenbesitzern einen mindestens acht- bis zehnprozentigen Lohnraub an den Bergarbeitern vereinbart. Der Kampf der Ruhrkumpels verwandelte das forsche Vorgehen der Brüning- und Stegerwald in eine Taktik feigen Zögerns und Schacherns. Darauf richteten die Grubenherren schwere Angriffe gegen

licher und politischen Realitäten und Möglichkeiten auf einen Renner zu bringen suchen müsse.“

Und das ist es, diese „wirtschaftlichen und politischen Realitäten“ des reformistischen Streikbruchs und Lohnraubes, auf Grund dessen die Brüning-Regierung den Zechenbesitzern acht- bis zehnprozentigen Lohnabbau versprach, sind durch den heldenhaften Kampf der Ruhrbergarbeiter zerschlagen worden.

In ihrer Angst sucht die Brüning-Regierung jetzt nach anderen Auswegen, wie sie den Kampf der Proletarier, der ihre Existenz bedroht verhindern und dennoch ihre Auftraggeber, die industriellen Profitjäger, befriedigen kann.

Hitlers Streikbrecher für das Grubenkapital

Die Ruhrbergarbeiter kämpften als Sturmtrupp aller Ausgebeuteten gegen die kapitalistische Youngdiktatur. Hitlers Gauführer im Ruhrgebiet erließ Streikbruchaufmarsch. Auf der Zeche Hansemann bei Dortmund wurde

schwerbewaffnete SA. zum Schutze der Streikbrecher

eingesetzt. Als Söldnertruppe der großen Volksausbeuter schossen die SA-Garden aus Dortmund auf Streikende.

Was ist die Hitler-Partei? Die wenigen Anhänger dieser Partei unter den Bergarbeitern des Ruhrgebietes haben ihren verräterischen Führern geantwortet, indem sie

der Streikbrecherpartei im Volkskampf gegen die Youngdiktatur

erwachend den Rücken kehren.

Stegerwald, der ihnen vorher einen zehnprozentigen Lohnraub versprochen hat.

Stegerwald antwortet jetzt in einer Erklärung, die er durch das WB. verbreiten läßt. Der Reichsarbeitsminister bestärkt darin unter dem Vorwande, die Behauptungen des Zechenverbandes zu widerlegen, daß

die Regierung den Unternehmern mindestens 8 Prozent Lohnabbau versprochen hat.

Stegerwald sagt:

„Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums hat lediglich erklärt, daß bei Senkung der Kohlenpreise für das Ausmaß einer Lohnkürzung drei Anhaltspunkte vorlägen.

a) Ein Artikel des Reichsarbeitsministers, worin nach der Veröffentlichung des Regierungsprogramms vom 3. September v. J. ausgeführt sei, daß um Schlimmeres hintanzuhalten, das deutsche Volk in den ersten Jahren sich auf eine Senkung seines Lebensstandards um 5 bis 10 Prozent einrichten müsse.

b) Die vorgegebene Gehaltsfestlegung der Beamten um 6 Prozent.

c) Der Völkische Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie mit einer Lohnsenkung um 8 Prozent.“

Es ist ein ziemlich haltloses Entschuldigungsgeflamme, wenn der Reichsarbeitsminister jetzt sagt, aus dieser Erklärung des Staatssekretärs „konnte nicht eine Lohnkürzung im Ruhrbergbau von mindestens 8 Prozent abgeleitet werden“. Welchen anderen Sinn hatte diese Erklärung des Regierungsvorstehers denn sonst, als eben den, Lohnkürzung zu versprechen.

Was in Wirklichkeit vorliegt, sagt der Reichsarbeitsminister in seiner Veröffentlichung im WB., wo es heißt, „daß aber die Gesamtregierung das Ganze sehen und daher die wirtschaft-

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt:

„Wieselt ist die Regierung aber immer noch auf der dunklen Suche nach Möglichkeiten, wie dem Ruhrbergbau die noch fehlenden 2 Prozent durch andere Erleichterungen verschafft werden können. Die Rede Dr. Dietrichs hat zur Genüge gezeigt, was die Regierung beabsichtigt.“

Noch deutlicher werden die „Königliche Volkszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“. Sie berichten, daß die Regierung beabsichtigt, einen großen Subventionierungsplan für die Grubenindustriellen durchzuführen. Das „Berliner Tageblatt“ nennt 120 Millionen Mark, die den Bergherren geschenkt werden sollen. Die „Königliche Volkszeitung“ spricht von 60 bis 60 Millionen.

Die Ruhrindustriellen sind damit nicht zufrieden. Sie wollen die in die hunderte Millionen gehenden Subventionen und gleichzeitig den versprochenen acht- bis zehnprozentigen Lohnabbau.

Die Subventionen sollen die werttätigen Massen natürlich ebenso bezahlen wie der Lohnraub auf ihre Schultern gelegt wird. Das eine ist so arbeiterfeindlich wie das andere.

Aber die Angstmanöver der Brüning-Regierung zeigen, daß die Bergarbeiter, die an der Ruhr und in Oberschlesien zum Angriff übergingen, auf dem richtigen Wege sind. So und nicht anders können die Lohnraubpläne zerschlagen, kann der Millionenraub an den Werttätigen zugunsten der Profite der Großindustriellen verhindert werden. Nur durch den Kampf kann das Youngkapital und seine faschistischen und sozialdemokratischen Hilfsgarden geschlagen werden. Allein diese Teilstreiks haben Brüning und seine Herrschaft erschüttert. Der einheitliche Kampf der Arbeiter wird für ihn weggehen.

Eine gemeine Fälschung der SPD.-Presse

Der Uhrmacher Siegel schreibt an die kommunistische Partei — Die SPD.-Presse wollte Siegel für 75 Mark kaufen — Betrugsmanöver des sozialdemokratischen Pressedienstes — Siegel will wieder nach Rußland zurück

Durch die gesamte sozialdemokratische Presse kursierte ein Brief des Uhrmachers Siegel aus Schramberg, der aus Rußland zurückgekehrt ist und den die SPD.-Presse als Kronzeugen gegen die Sowjetunion mißbrauchte. Siegel schrieb darauf an die Bezirksleitung der kommunistischen Partei in Stuttgart einen Brief, in dem es u. a. folgendermaßen heißt:

„Der Artikel wurde von Verwandten an die sozialdemokratische Presse weitergeleitet. Obwohl ich heute den Artikel vertreten muß, hat er doch in der „Bearbeitung“ eine große Verhässlichung erfahren, einmal in der Hervorhebung der schlechten Stellen

zum anderen durch absichtlich falsche Darstellung, die in meinem Manuskript nicht enthalten war.

Am 12. Dezember habe ich, nachdem der Artikel 6 Wochen in den Händen der sozialdemokratischen Pressestelle unveröffentlicht war, an meinen Verwandten und an die Pressestelle geschrieben:

„Bevor ich hier arbeitslos verelende, kehre ich nach Rußland zurück. Ich ziehe den Artikel zurück und verweigere die Veröffentlichung.“

Antwort habe ich von keiner der beiden Stellen erhalten. Am 24. Dezember erhielt ich durch meinen Sohn, der bei meinen Verwandten als Lehrling wohnt, einen Brief und 75 Mark. Der Artikel erschien nach den Feiertagen, die 75 Mark seien das Honorar für den Artikel.

Diese 75 Mark machten mich zittern.

Ich habe nochmals an die Pressestelle geschrieben, daß ich schon am 12. Dezember die Veröffentlichung des Artikels verweigerte. Es war zu spät. Bereits am 24. Dezember wurde der Artikel veröffentlicht. Man schrieb mir von der sozialdemokratischen Pressestelle, man habe von mir keinen Artikel erhalten und auch keine 75 Mark gesandt.

Ich schreibe Ihnen all dies nicht, um mich zu entschuldigen, sondern um Sie zu informieren. Ich weiß, daß ich einen großen Fehler gemacht habe, ich bedaure dies und möchte gerne wieder gutmachen, was in meiner Kraft steht. Ich werde daselbst Schreiben nach Rußland senden und bin bereit, mich dort zu verantworten.

Mit Gruß Hermann Siegel.

Dieser Brief des Uhrmachers Siegel kennzeichnet die abgrundtiefe Gemeinheit der sozialdemokratischen Presse. In ihrem Haß gegen die kommunistische Partei und die Sowjetunion scheuten sie auch nicht, die frechen Fälschungen zu begehen, um damit die Sowjetunion in den Augen der Arbeiter herabzusetzen.

Trotzdem hier die sozialdemokratische Presse wieder entlarvt worden ist, zweifeln wir nicht daran, daß sie in ihrer Lügenberichterstattung über die Sowjetunion fortfahren wird. Jeder ehrliche Arbeiter muß aus diesen Vorfällen die Konsequenzen ziehen, die sozialdemokratischen Fälschungen aus seinem Haus werfen und die kommunistische Presse abonnieren.

Revolutionäres Signal aus dem Ruhrgebiet

Die Offensive der streikenden Ruhrbergarbeiter ist der Anfang einer neuen Epoche von Kämpfen unter Führung der RGD.
Im Feuer des Kampfes werden rote Massenverbände aus der Erde gekämpft / Von Franz Dahlem

Der Krieg gegen die Bergarbeiter

Das Ruhrgebiet ist seit dem 2. Januar von feindlichen Truppen besetzt, die wider gegen die Arbeiterbevölkerung wüten, als daß die Okkupationsarmee Poincarés im Jahre 1923 zunächst fertigbrachte. Schon am ersten Tage streikten für 3 Proleten nieder und verletzten viele schwer. Hunderte Männer, Frauen und Jugendlichen wurden seitdem vielfach mißhandelt, auf den Straßen blutig niedergeschlagen. Kilometerweit von den Gruben weg über die Felder wie Wild gejagt.

Die deutsche Regierung hat sorgfältig Greuelmaterial über die Schandthaten der Willkür-Banden in Oberschlesien, mit genauen Schilderungen und Photographien über die Verhältnisse an Deutschen, dem Völkerverbund eingereicht. Das sind aber Kleinigkeiten gegenüber der Fülle von Tatsachen und Bildern von Toten, von zerstückelten und zerhackten Arbeitern, von Frauen mit von Gummihüpfelbällen aufgeplagten Brüsten, von Jugendlichen, die ein wohlgezierter Stiefel ins Kreuz niedergeworfen hat, wie sie die Arbeit „unserer“ deutschen Polizeitruppen im Kriege gegen ihre deutschen „Brüder“ zu vergehen hat. Die Ruhrarbeiter müssen ein Rotbuch darüber anlegen, denn die deutsche Arbeiterklasse braucht einmal ein solches Dokumentenmaterial.

Tzwohl, die deutschen Kapitalisten führen einen regulären Krieg gegen ihre „Volksgenossen“ im eigenen Lande. Ihre Offiziere und Soldaten, ihre Presse, ihre Sozialdemokraten, ihre Pfaffen können das Handwerk gerade noch so gut wie im Weltkrieg. Wie sie damals beim Einfall in Belgien die Franktireure den verwundeten deutschen Soldaten die Finger abhacken und den Rote-Kreuz-Schwämmern die Kräfte abkneifen ließen, so meldet die Pressebranche aus dem Ruhrgebiet, daß die Bergarbeiter mit Dumdum-Geschossen schießen, daß sie die Hufemännchen und Zambusch ermorden wollten, daß sie drauf und dran waren, durch Sabotageakte die noch arbeitenden Kumpels in den Schächten umkommen zu lassen usw. Die polizeiliche Besatzungsmacht handelt natürlich nur in „Notwehr“. Die Lüge als Kriegs-

mittel handhabt die Bourgeoisie heute noch ebenso gut wie in der „großen Zeit“, um Verwirrung in die Reihen der Streikenden zu werfen.

So warfen sie mit zynischer Frechheit, von der Nazi- bis zur SPD-Presse, überaus die Nachricht aus, daß die RGD-Kampfleitung den Streik abgebrochen habe. Viele ehrliche Kumpels, die noch nicht von der absoluten Niederträchtigkeit und Verlogenheit des Gegners überzeugt waren, fielen auf dieses Mandat herein oder ließen sich durch den unerhörten Polizeiterror einschüchtern.

Es ist so, daß viele Ruhrkumpels nicht mit der bürgerkriegsmäßigen Einsetzung des ganzen Staatsapparates gegen ihren Lohnkampf und nicht mit dem erbärmlichen Verrat der „Führer“ an der Spitze der reformistischen und christlichen Verbände gerechnet hatten. Und es stimmt, daß die Führung der Streikenden selbst gegenüber dieser Bürgerkriegsstrategie und -technik die entsprechenden Kampfmethoden und Kampfmethoden nicht in genügendem Maße vorbereitet hatte. Daß man in Zukunft die Arbeiterkämpfe um Lohn und Brot ganz anders vorbereiten und führen muß, das wird jetzt den Bergarbeitern eingeblutet.

Vielen Arbeitern gehen jetzt erst die Augen auf. Wenn die Ruhrarbeiter ihre Toten begräbt, dann weiß sie, daß sozialdemokratische Kugeln sie niedergestreckt haben. Wenn sie das Stöhnen und den Schmerz ihrer zerstückelten und zusammengeschlagenen Mütter, Söhne und Frauen hören, wissen sie, daß das Alte allerchristlicher Nächstenliebe ihrer frommen Zentrumspräsidenten waren.

In diesen Tagen fressen die Kumpels viele Mut in sich hinein. Klassenhaß, der Wunsch nach Vergeltung gegen diese ganze Bande von Volkspolizisten, gegen die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Nationalsozialisten, gegen die ganze Kapitalistenbrut, speichert sich auf. Dieser Klassenhaß jedoch ist gepaart mit revolutionärer Erfahrung, mit Einsicht in das Kräfteverhältnis, wie es heute noch gegen die gesamte aufgebotene Macht des Klassenfeindes gelagert ist. Grimmig lautet es: „Einst kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein.“

Neue Welle revolutionärer Erfahrung und Energie

Mit voller Bestimmtheit kann man heute schon sagen: der aerische, offensive Vorstoß der Ruhrbergarbeiter gegen das ganze kapitalistische System wird eine neue Welle revolutionärer Erfahrung und Energie über ganz Deutschland ausbreiten. Das Einspringen der obersteilischen Kumpels, der Metallstreik am Niederrhein, das sind alles erst Anfänge. Die Arbeiterklasse erkennt immer mehr, daß nur der gemeinsame Kampf aller Industrien den Sieg verbürgt.

Möge der Klassenfeind dann einen Bezirk Deutschlands nach dem anderen in offenen Kriegsstand gegen die Arbeiterklasse versetzen; wenn einmal Hunderttausende, wenn Millionen gegen den Kapitalismus aufstehen, dann ist es vorbei mit der Ausbeutung, mit dem Totschlagen von Arbeitern, mit der Mißhandlung von Männern, Frauen und Kindern, mit dem ganzen schicksalich-christlich-sozialdemokratischen Sunnentum.

Das ist es, was die Kapitalistenklasse fürchtet, daß das Beispiel des Ruhrstreiks im ganzen deutschen Proletariat Nachahmung finden könnte. Denn die Kapitalisten und ihre Pötrantoren kennen die Kraft der deutschen Arbeiterklasse, wenn diese sich ihrer Macht bedient wird. Sie wissen: nichts in der Welt kann dem deutschen Proletariat widerstehen, wenn es geschlossen und zur rechten Zeit aufsteht und mit einem Aufseiner Feind abwirft. Sie wissen z. B., daß schon heute ihr ganze Lohnabbauoffensive und ihr Versuch der Sanierung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter erledigt wäre, wenn es morgen zu einem gemeinsamen Streik der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Eisenbahner, Hafenarbeiter gegen das kapitalistische Getriebe kommen würde. Sie bemerken mit Schrecken, mitunter Führung der RGD, die Kämpfe der deutschen und englischen Bergarbeiter verbunden werden. Diese Ziele, auf welche die RGD lossteuert, das ist für sie das Ärgste, das sie sich vorstellen können.

Die Kumpels durchkreuzen das kapitalistische reformistische Zusammenspiel

Die Herren in der Regierung, in der Industrie, in den sozusagen „Arbeiterverbänden“ hatten ihren gemeinsamen Plan zur Durchsetzung der Lohnabbauoffensive so fein ausgeheckt, die einzelnen Rollen sehr geschickt verteilt. Seit dem politischen Geschäft, das die Brüning, Braun und Severing miteinander abschlossen, also seit der Unterstützung des offen schicksalich-Kurses der Reichsregierung durch die SPD, der vorläufigen Duldung der SPD und ihrer zehntausenden Posteninhaber in Preußen, war auch der Pakt zwischen Regierung, Industrie und Gewerkschaften zur Durchsetzung des Lohnabbaues fertig.

Diese Leute wissen, wie man die Proletariat am besten verwirrt, einleitet, überrumpelt. Sind sie nicht selbst alle alte Gewerkschaftsführer, erfahren und ergraut in dem Abwürgen von Streiks; haben sie nicht schon alle in der Vergangenheit bewiesen, daß sie auch mit Eisen und Blut ihr Handwerk auszuüben verstehen, wenn ihre Streikstrategie versagt?

Kachdem die Einzelmeister und Ulrich im Berliner Metallarbeiterstreik die erste Probe für den gemeinsamen Pakt bestanden hatten, schien alles zu gelingen. Schiedspruch auf Schiedspruch suchte auf die Arbeiter nieder, mit jesuitischer Verlogenheit wurden gerade die „heiligen Festtage“ dazu ausgefuchelt. Mit Augurenfächeln und spalligem Augenzwinkern wurde den sozialdemokratischen Führern

erlaubt, rabulische Töne zu reden. Sogar die Nazis ließ man die Demagogie vom „Generalstreik gegen Young“ ausprechen.

Für alle Fälle jedoch verlagte man die Termine für alle großen Bewegungen voneinander: der Tarifabschluß für die Kumpels des Ruhrgebietes wurde um Monate hinausgeschoben, die Verhandlungen im Oberschlesischen Bergbau mehrmals vertagt, der Hamburger Hafenarbeiterstreik bis 15. Februar verlängert; wo es ging, führte man Zwangsrieds-rüche durch, oder freie Vereinbarungen; an einigen Stellen ließ man Arbeitergruppen sich abkämpfen (Bielefeld, Hannover), oder zerplatzte einheitliche Industriegebiete nach Tarifgebieten mit verschiedenen Terminen (Metall Niederrhein). So rechneten die Kapitalisten einigermassen bestimmt damit, daß das gemeinsame schicksalich-sozialdemokratische Werk zugunsten ihres Geldsades gelingen würde.

Durch diese Rechnung haben die Ruhrkumpels durch ihre überraschende Offensive einen dicken Strich gemacht und den ganzen schönen strategischen Plan umzustößen gedroht. Deshalb hat das Eigenbild so schnell gewechselt, hat die ganze Bande ihre wahre Frage so rasch offenbart. Jetzt mußten die Akteure hinter den Kulissen hervortreten, wurde das ganze System ihrer Geheimmachungen, ihrer politischen und wirtschaftlichen Koalition besonders deutlich sichtbar. Jetzt mußten sie, angesichts der Massen, ihre rabulischen Mienen und Masken wechseln und zeigen, wie recht die RGD hatte, als sie die Arbeiter immer wieder

Es lebe der rote Bergarbeiterverband!

Wo die Situation reif ist, wo die Proletariatmassen auf Grund eigener Erfahrungen und drängenden Wille es verlangen, da wandelt sich die RGD in rote Gewerkschaften, in wirkliche Einheitsverbände um. So wächst jetzt nach der roten Berliner Metallgewerkschaft im Ruhrgebiet der Rote Bergarbeiterverband Deutschlands empor. Die ganze RGD geht schwanger mit roten Verbänden; jeder große Streik gebiert eine lebensfähige rote Massengewerkschaft.

Die nächsten Aufgaben der RGD.

Was die RGD ist und was sie will, das haben in diesen letzten Tagen neue Arbeitermassen erfahren. Die RGD will und wird im engsten Zusammenarbeiten mit der einzigen Partei der Arbeiterklasse, der SPD, den Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit organisieren.

Sie wird die Feinde der Arbeiterklasse im Unternehmerlager, die Bonzen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Christen vor ihren eigenen Anhängern als Arbeiterfeinde entlarven und ihre Anhänger in ihren Reihen sammeln.

Die RGD führt den Kampf der Arbeiter nach den Lehren und Erfahrungen der Roten Gewerkschaftsinternationale. Sie arbeitet die neuen Methoden der Kampftaktik und -strategie aus, um mit dem Gegner und seinen Bürgerkriegsmethoden fertig zu werden. Sie wird jetzt die Erfahrungen des Ruhrkampfes im ganzen Reich auswerten und schon die nächsten Kämpfe werden auf höherer Stufe durchgeführt werden.

Die RGD streift auf alle Tarifabschließungen, die nicht mit ihr abgeschlossen werden; für sie gibt es keine Zwangsschieds-

vor der kapitalistischen Einheitsfront, die von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten geht, warnte.

Wollt die Ruhrkumpel dem Schiefer vor der Wirklichkeit mit rauher Hand wegreißen, deshalb schlägt die sozialdemokratische und christliche Polizei im Ruhrgebiet, deshalb ist die Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis gegen die Streikenden so klar, deshalb die Bürgerkriegsgehe der ganzen Pressejournalistik, deshalb die Niederlegung der Streikenden, die Verhaftung der Streikposten und Streikleitungen, der Terror gegen die Arbeiterbevölkerung. Vom kapitalistischen Standpunkt aus soll dieser Streik — koste es, was es wolle — erstickt werden. Welche Gefahr, wenn an ihm neue Feuer sich entzündeten und die Flammen des Massenstreiks um Brot und Freiheit auf ganz Deutschland übergreifen würden!

Der Offensivkampf entlarvt die Bürokratie und schmiedet die proletarische Einheitsfront

Die RGD hat im Ruhrkampf eine neue große Kraftprobe abgelegt. Sie hat bewiesen, daß sie in der heutigen Situation der scharfen Wirtschaftskrise und der Millionenverwerflichkeit der Massen in einen Offensivkampf für ihre wirtschaftlichen Interessen führen kann. Sie hat bewiesen, daß sie die einzige gewerkschaftliche Organisation ist, die die Arbeitermassen gegen das ganze System der kapitalistischen Lohnschektschaft organisiert, daß nur sie diese Kämpfe, die von vornherein politische Kämpfe sind, Schulter an Schulter mit der SPD führen kann. Die Arbeiter erkennen immer mehr, was geschehen müßte, um mit dem Unternehmerangriff und den Verrat der Streikbruchorganisatoren fertig zu werden.

Die RGD hat der streikbrecherischen reformistischen und christlichen Bürokratie durch den Ruhrkampf erneut einen Genidtschlag im Reichswahljahr verfehlt. Beim Berliner Metallarbeiterstreik war die deutsche Arbeiterklasse empört und aufgewühlt über die Niederträchtigkeit und Gemeinheit des Verrats der Gewerkschaftsführer. Noch bis jetzt glaubten viele SPD- und christliche Arbeiter, daß die Handlungen der Stegerwald, Singelmeier, Ulrich und Co. eine Ausnahme darstellen. Der Ruhrstreik aber lehrt sie, daß diese Gesellschaft zu noch Schändlicherem fähig ist. Rosa Luxemburgs Wort, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer die größten Salunken sind, geht jetzt ins Bewußtsein von Millionen deutscher Arbeiter über.

Die RGD hat erneut bewiesen, daß sie zur breiten Organisation der proletarischen Einheitsfront aller Arbeiter, ohne Unterscheid der Partei, der bisherigen Gewerkschaftszugehörigkeit, des Alters wird. Im Ruhrgebiet waren, trotz der Streikbrüche ihrer Führer, die Nazis in diesem Streik ohnmächtig, denn ihre proletarischen Elemente liefen zum Teil zu uns über oder sympathisierten mit dem Streik, oder waren zerstückt und aktionsunfähig. Die verräterischen Handlungen der SPD- und Zentrumsführer werden unter den Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter solche verheerenden Wirkungen auslösen, daß die RGD bestimmt große Teile dieser Arbeiter für sich gewinnen wird.

Die RGD hat nach den Streiks in Berlin und im Ruhrgebiet die Perspektive, zu einer Massenorganisation zu werden, die in naher Zeit hunderttausende, in der Zukunft Millionen Anhänger erfassen wird. Unsere Absicht ist es, den freien und christlichen Gewerkschaften hunderttausende Mitglieder wegzunehmen, und aus der nationalsozialistischen Partei das proletarische Element der Arbeiter, Angehörigen und unteren Beamten für die RGD zu gewinnen.

Wir sind so überzeugt, daß dies gelingen wird, daß es nach wie vor Pflicht eines jeden Anhängers der RGD, der noch in diesen Gewerkschaften arbeiten kann, ist, dort revolutionäre Fraktionarbeit für die RGD durchzuführen. Jetzt muß uns ein tiefer Einbruch ins Lager der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Nationalsozialisten gelingen.

Sprüche und Verbindlichkeitsverpflichtungen. Sie wird in jedem günstigen Moment die Arbeiter zum Kampf führen und bereit sein, schon überall dort erneut den Kampf vor, wo die Kraft noch nicht ausreichte, den Lohnabbau zu verhindern.

Wovor die Unternehmer solchen Schrecken haben, was der Verrat der Reformisten zu hindern versucht:

Die RGD wird den Arbeitern den Glauben an ihre eigene ungeheure, nicht zu brechende Kraft wiedergeben,

von der Organisation einzelner Streiks übergeben zur Verbindung der Streiks der verschiedenen Industriegruppen untereinander, die wirklich kämpfende Einheitsfront der jetzt noch zerstückelten Arbeiterklasse herstellen und starke Kampforganisationen aufbauen. Ihre Aufgabe besteht darin, alle Voraussetzungen zu schaffen, um den Massenstreik der ganzen Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System siegreich durchzuführen.

Die Ruhrkumpel — das ist das historische Verdienst ihrer kühnen offensiven Schlacht — haben das Tor für eine solche Entwicklung im ganzen Reich breit aufgestoßen. Wir sind in die Periode der Offensivkämpfe der deutschen Arbeiterklasse eingetreten.

Wenn alle Massenbewegten Arbeiter die Signale aus dem Ruhrgebiet verstehen, wenn sie die Lehren ziehen, durch die zäheste Organisation des eigenen Kampfes aktive Solidarität mit den Ruhrkumpels und mit allen streikenden Gruppen zu üben, wenn alle RGD-Anhänger mit Feuereifer an den Aufbau ihrer Organisation, um kühnen Angriff in allen Betrieben, Stempelstellen, Gewerkschaften übergeben, dann wird das deutsche Proletariat die breite offensive Kampffront herstellen, welche die Voraussetzungen dafür ist, um den Sieg über alle seine Feinde zu erkämpfen.

Auß der Stadtverordnetenversammlung

AWD. beantragt Aufhebung der Diktatursteuern

Die bürgerlichen Parteien und die SPD. stimmen dagegen!

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung gleich während der ersten Stunden ihrer Tagung einem Dankgottesdienst.

Auf Antrag des Stadtverordnetenvorstehers wurde die Vorlage 20, die die Einsetzung der beiden Staatskommissare behandelt, auf Punkt 1 der Tagesordnung gesetzt.

Der Magistrat selbst brachte eine Vorlage ein, wonach erstens gegen den Ministerialerlaß vom 23. Dezember 1930 beim Preussischen Staatsministerium „Verwahrung“ eingelegt wird.

Mit Hilfe der SPD., die einen heftigen Kampf diesen beiden Hungerkommissaren und ihren Maßnahmen ansetzte, soll die ganze Angelegenheit auf das Gebiet der juristischen Spitzfindigkeit abgehoben werden.

Unsere Fraktion brachte einen Antrag ein, wonach der Magistrat die Fraktionen der Parteien im Landtag ersuchen soll, die Staatsregierung anzuweisen, das Hungerdiktat der beiden Staatskommissare zurückzuziehen.

Genaue so wie Severing sind sich auch die hiesigen „linken“ SPD. Gehehen darin einig, daß die kapitalistische Wirtschaft geschützt, die werktätigen Massen ausgebeutet werden müssen.

Die gesamte SPD.-Fraktion stimmte mit den bürgerlichen unseren Antrag nieder,

so daß nach wie vor die Verordnungen über erhöhte Mieten und Biersteuern bestehen bleiben.

In einem zweiten Antrag forderte der fätsam bekannte Bauunternehmer Galspach einen Nachweis über die Rentabilität der vorhandenen Reglebetriebe, um eventuell Abbaumassnahmen zu be-

schließen. Genosse Abelk antwortete ihm, daß es ihm und seinen Parteifreunden nur darum geht, die städtischen Betriebe in Private-

Ein aufschlußreicher Briefwechsel

SPD-Parteivorstand macht Nebel-Manöver

Der Stadtverordnetenvorsteher Wandmann „beehrt“ sich, uns die Abschrift eines Briefwechsels zur Verfügung zu stellen.

„Mir ist von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß zurzeit zwei Kommissare der Preussischen Staatsregierung in Breslau sich aufhalten sollen, um die Finanzlage der Stadt zu prüfen.

„Ihren Antrag auf Einberufung einer Sitzung der Herren Vorstehenden der Stadtverordnetentraktionen zu gemeinsamer Besprechung mit den Herren Regierungskommissaren haben wir denselben mit der Bitte, Ihrem Wunsche zu entsprechen, unterbreitet.

Siehe oben: Die gesamte SPD.-Fraktion stimmte mit den bürgerlichen unseren Antrag nieder.

So hat er vergessen, den Hauptgasrohr abzusperrnen, so daß der Lehrling beim Herfagen des Gasrohres in dem engen Verlöhlage ohnmächtig werden mußte.

Erst auf den schärfsten Protest einiger Gäste ließ sich jener Säbnel endlich dazu herbei, einen Arzt holen zu lassen. Das Verhalten dieses Mannes verdient, ausß schärfste verurteilt und mißbilligt zu werden.

Sinweg mit der Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung

Die Erwerbslosen protestieren — Kampfsolidarität mit den streikenden Bergarbeitern

Der Landeserwerbslosenausschuß hatte gestern die Erwerbslosen zwei Versammlungen nach dem „Bergkeller“ und dem „Oberstrom“ gegen den beabsichtigten zehnprozentigen Unterstützungsabbau ausgerufen.

In der reichhaltigen Diskussion wurde vor allen Dingen betont, daß die Erwerbslosen bei Streiks nie und nimmer Streikbrecher sein werden und geschlossen mit den Streikenden Streikbrecher abweisen.

Die angenommene Resolution verlangte statt des zehnprozentigen Abbaues eine zehnprozentige Erhöhung.

„Die Breslauer Erwerbslosen begrüßen die Initiative der Bergkumpels im Ruhrgebiet und in Oberschlesien gegen die Lohnsenkungsabfächten der Grubenherren. Wir geloben, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Erwerbslose die Notwendigkeit der Solidarität mit den im Betriebe stehenden Kollegen erkennt.

Nach Annahme dieser Sympathieerklärung erklärten mehrere Erwerbslose ihren Beitritt zur AWD.

Ein armer Lehrling fast in den Tod getrieben

Auf der Koszothstraße 5 hat ein Herr Säbnel ein Gas- und Wasserleitungs-Installationsgeschäft, in dem zwei Lehrlinge beschäftigt sind, die von ihrem Meister auf das Übelste schikaniert werden.

Arbeit an. Der eine mußte mit seinem halben Körper in einen Verlöhlagen hineinkriechen, um dort das Gasrohr durchzulängen.

Plötzlich brach der Lehrling Schaffenberg bemußlos zusammen, und sein jüngerer Kollege zog den Bewußtlosen aus dem Verlöhlagen hervor.

Darauf kam der Meister hinzu, nicht etwa, um dem Bewußtlosen beizustehen, sondern er schnauzte im Gegenteil noch in roher und rüder Weise auf den Ohnmächtigen ein, der natürlich nichts verstehen konnte.

Der Meister hielt es nicht für notwendig, sich um den jungen Arbeiter zu kümmern und die Ursache der Ohnmacht zu untersuchen. Lediglich der Kollege und einige Gäste des Lokals, die sich mit Recht über diese geradezu tödliche Arbeitsverfäshheit empörten, waren dem armen Jungen beifällig, schafften ihn in den Hausflur, damit er in der kalten Luft wieder zum Bewußtsein gelangen sollte.

Er hatte vergessen, den Hauptgasrohr abzusperrnen, so daß der Lehrling beim Herfagen des Gasrohres in dem engen Verlöhlagen ohnmächtig werden mußte.

Erst auf den schärfsten Protest einiger Gäste ließ sich jener Säbnel endlich dazu herbei, einen Arzt holen zu lassen. Das Verhalten dieses Mannes verdient, ausß schärfste verurteilt und mißbilligt zu werden.

Achtung, „A.-Z.“-Kollporture und Verkäufer!

Am Sonnabend um 20.30 Uhr findet in den Räumen der Schlesischen Verlagsgesellschaft eine Sitzung aller Straßenhändler und Kollporture statt.

Natürlich: Nationalsozialisten! Wie wir bereits berichtet haben, ist in die Spritzschießungsaffäre u. a. der Buchhalter Erich Rostnik als Hauptbeteiligter verurteilt.

251 Verkehrsunfälle im Monat Dezember. Im Dezember v. J. wurden im Stadtgebiet Breslau 251 Verkehrsunfälle zur Anzeige

Eine Reihe von Vorlagen über die Straßenausbesserungen, Glühlampenänderungen, Ausbau von Schulräumen in den eingemeindeten Vororten wurden noch angenommen.

Schuldigen

Ergebnis

„Was und nichts anderes geht aus dem uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel hervor.

Daß und nichts anderes geht aus dem uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel hervor.

„Was und nichts anderes geht aus dem uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel hervor.

„Was und nichts anderes geht aus dem uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel hervor.

„Was und nichts anderes geht aus dem uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel hervor.

„Was und nichts anderes geht aus dem uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel hervor.

gebracht. Durch Verkehrsunfälle getötet wurden 4 Personen, darunter 1 Kind von 3 1/2 Jahren.

Auf der Straße beraubt. Am Dienstag wurde einer Witwe aus der Auguststraße in der Nähe der Dresdner Bank eine hellbraune, leberne Handtasche mit silbernem Verschluss, die sie unter dem Mantel trug, entrisfen.

Stadtleil West. Sonntag treffen sich alle Parteigenossen früh 10 Uhr zur Hauspropaganda der roten Hilfe im „Anglerheim“.

Wer spielt Fußball? Am heutigen Freitag findet in dem Restaurant Schiller, Märkischesträße, die Gründungssammlung eines Arbeiterfußballvereins statt.

Winterportier! Alles fährt Sonntag in die Gule. Da die Bundesvorsitzendstreuung am Sonntag, dem 11. Januar, eine „großzügige“ Wanderung veranstalten, ist es für uns rote Sportler Pflicht, zur Stelle zu sein.

Monatliche Gemeinde. Sonntag 9.30 Uhr Vortrag: „Ist Gott beweisbar?“ Redner: Emil Machel.

„Nichtschlesien“

Brieg

Eine hier katigejundene öfterliche Jugendversammlung, einbezufen vom ASD., nahm eine Entschloßung an, die den streikenden Bergarbeitern an der Ruhr und in Oberschlesien die wärmste Sympathie ausdrückt.

Briefkasten

„Trebniß. Den Artikel über den „Vollstreund“ konnten wir nicht veröffentlichen, da er in einigen Stellen unklar ist.

Verantwortlich für den politischen Teil: ERICH GÄNDELER. Verlag: für den übrigen Teil: ERICH GÄNDELER, P. O. 2, Breslau. — für Inserate: KARL GÄNDELER, Breslau.

Was will Brüning in Breslau?

Darauf antwortet Genosse Walter Stöcker. Heute 20 Uhr. im „Schloßwerder“ — Werktätige erschein!

Wo die Arbeiterklasse herrscht

Ein bürgerlicher französischer Journalist unternahm kürzlich eine längere Studienreise durch die Sowjetunion.

Vor einigen Tagen hat mir der kommunistische Abgeordnete Cachelin die Ehre getan, einige meiner Redenungen in "La République" im Parlament anzuführen und sie den Rechten im Gesicht zu schleudern, die von Standal geschrien haben.

Es gibt in der Sowjetunion eine soziale Gesetzgebung. Alle Kosten der Versicherung werden vom Staat getragen, außer im Fall der Unfallverletzung.

Man arbeitet in den Betrieben vier Tage und ruht sich am fünften aus. Die siebenstündige Arbeit wird durch eine einstündige Pause unterbrochen.

Nach der Mahlzeit spazieren die Arbeiter während der Ruhepause im Betrieb oder dessen Nähe herum.

Traktoren-Armeen

Das Bauprogramm der Sowjetunion

Moskau, 8. Januar. Die Arbeiter der Traktorenwerke in Stalingrad und der Traktorenbaubteilung des Leningrader "Roten Putilowwerkes" stellten einen Produktionsplan für das Jahr 1931 auf.

Das Putilowwerk erhielt bereits die ersten Lieferungs aufträge für Traktoren vom Typ "Fordson-Putilow" für das Ausland.

Der Kampf im Dschungel

Die englische Regierungsgesandtschaft meldet Kleinlaut: Die Bemühungen der Behörden, die Aufständischen in Burma zu umzingeln, waren bisher nicht erfolgreich.

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Gebührt von Internationaler Arbeiter-Verlag u. a. S., Berlin.

5. Fortsetzung.

Am Ende der Barackenreihe standen die Ziegelgebäude der Fabrik, wie das Teufelschloß im Märchen.

"Feiglinge geht, wenn ihr wollt..."

Die Jungen und Mädchen auf der Brücke schlugen lebhaft mit der Hand die Melodie und stampfen den Takt auf den Brüdenböhlen.

Zwei Vager

Das Fest der Streiker

"Der mit großer Erbitterung geführte Streik der Daido-Druckerei in der Hisatatastraße im Bezirk Koihizawa hat noch kein Ende gefunden. Seit der Sperrung der Fabrik dauert er bereits über 50 Tage."

Geschlossene Streiffront in Südwales

Am 10. Januar allgemeine Ausperrung in der Baumwollindustrie

London, 8. Januar. Die Kampfstimmung der Bergarbeiter in Südwales ist angebrochen. In zahllosen Streikversammlungen wird die Forderung erhoben, die Sicherheitsmannschaften zurückzuziehen.

Die Kampagne der Minderheitsbewegung hat besonderen Erfolg im Rhondavale, das eine große revolutionäre Tradition aufweist.

Unter dem Druck der organisierten Tätigkeit der Arbeitslosenorganisation und der Minderheitsbewegung hat das Wohlfahrtsamt von Monmouthshire beschlossen, den Streikenden und ihren Familien Unterstützung zu gewähren.

Die gestern abend zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengetretenen Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiterverbände von Südwales einigten sich über die Ver-

handlungsgrundlagen einer neuen gemeinsamen Konferenz, die am 9. Januar in Cardiff stattfinden soll. Die Gewerkschaftsbürokratie mit dem Verräter Cool an der Spitze ist rüchrig am Werk, die Streikfront der Bergarbeiter durch ein hinterhältiges Verratmanöver zu zerstückeln.

Generalansperrung der Textilarbeiter?

London, 8. Januar. Die Baumwollfabrikanten beschließen heute, ihre Fabriken am 10. d. M. zu schließen, falls bis dahin der Textilstreik in Burnley nicht beendet sein sollte.

London, 8. Januar. Die Kampffront der Baumwollweber in Burnley ist unerschütterlich. Die Unternehmer haben kampfshafte Versuche unternommen, eine Anzahl von Arbeitern zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, aber ohne Erfolg.

In der Fabrik Thorner forderte die Betriebsleitung, daß die Polizei das Gewerkschaftsgeleitz gegen die Streikposten in Anwendung bringe, da sich aber keine Arbeiter zur Arbeit einfanden, hatte die Polizei keine Gelegenheit, dies zu tun.

Im Dorfe Claxton-Le-Moor traten 180 Arbeiter eines bisher vom Kampfe nicht erfaßten Betriebes in den Sympathiestreit.

"Zwangsarbeit" in der Sowjetunion - "freie Arbeit" unter Kapitalistenjoch

Skavenhalter in „moralischer“ Entrüstung

Genosse Molotow über die Antifowjettkampagne der englischen Konservativen

Moskau, 7. Januar. In seinem Bericht auf der Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion berührte Genosse Molotow die Antifowjettkampagne und erklärte unter anderem:

In der letzten Zeit widmet sich in England unter besonderem Eifer der Konservativen noch eine Antifowjettkampagne ab. Die Herren Konservativen suchen sich als Beschützer der freien Arbeit gegen die angeblich in der Sowjetunion bestehende Zwangsarbeit aufzuspielen.

Und fürwahr, in der Sowjetunion ist ja die Arbeitslosigkeit liquidiert. Ist es denn nun nicht klar, daß in der Sowjetunion die „Zwangsarbeit“ blüht? Ganz anders verhält es sich im Lande der Konservativen und ihresgleichen: Mit jedem Monat wachsen dort die vieltausendköpfigen Erwerbsloskolonnen, mit jedem Tage vermehren sich die Stadtviertel mit hungernden, auch ohnehin durch die kapitalistische Ordnung verelenden proletarischen Familien.

Bedarf es noch weiterer Beweise für die „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion? In der Sowjetunion wird ja für alle Arbeiter der siebenstündige Arbeitstag durchgeführt, während die Konservativen die grimmigsten Verfechter jener Ordnung sind, die jetzt zu einer weiteren Verlängerung des auch ohnehin schweren Arbeitstages bis zu 10 und 12 Stunden führt.

denn nicht klar, daß die Sowjetunion mit ihrem Siebenstundentag das beste Beispiel der „Zwangsarbeit“ der Arbeiter ist, während die kapitalistischen Länder ein Musterbeispiel für das Gegenteil, ein Musterbeispiel der „freien“ Arbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen sind?

Wenn es in der Sowjetunion keine „Zwangsarbeit“ gäbe, wie hätten sich denn da mit jedem Tage der sozialistische Wettbewerb und die Stokbrigadenbewegung, die von den Arbeitern aufgestellten Gegenpläne und andere höchste Methoden der proletarischen Aktivität entwickeln können? Dafür aber herrscht in jenen Ländern, in denen die Arbeiter nicht befangen sind, auf legalen Wege für ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse einzutreten „freie Arbeit.“

Offenbar können nur jene so reden, die von „freier Arbeit“ und „Zwangsarbeit“ andere Begriffe haben als die Arbeiter. Es ist auch klar, daß das, was den Konservativen als „freie Arbeit“ der Arbeiter gilt, von den Arbeitern lediglich als kapitalistisches Joch betrachtet wird.

Andererseits wird bald auch der lechte Arbeiter im Auslande erkennen, daß die Sowjetunion, in der gemäß den Artikeln der konservativen Blätter die Arbeiter unter Verhältnissen einer „Zwangsarbeit“ leben, in Wirklichkeit das Musterbeispiel eines Landes ist, in dem die Macht in den Händen der Arbeiter liegt, in dem die allseitige Verbesserung der Lage der Werktätigen die Hauptaufgabe der Macht ist und in dem dies tatsächlich auf der Grundlage einer gewaltigen Aktivität der Arbeitermassen, eines wahren Enthusiasmus und Heroismus der Arbeiter beim Aufbau der freien sozialistischen Gesellschaft verwirklicht wird.

In allen Zeitungen Tokios wurde dieser Artikel gedruckt: „Tokio Nicht“, „Nishi“, „Nishi“, „Yomiuri“, „Sochi“, „Tomai“.

Die Bürger von Tokio hatten mehr zu tun, sie hatten keine Zeit, sich über denartige Artikel, die zwei, drei Tage hintereinander in fetter Schrift vor ihren Augen erschienen, Gedanken zu machen. Wichtiger Ereignisse nahmen ihre Aufmerksamkeit in Anspruch.

Wahl zum Parlament! Schwankungen in der Regierungspartei! Wöglich, wie rote Signale aufspringende Zusammenbrüche der Wirtschaft! Und täglich mehr und anderes.

Wenn der gute Bürger von Tokio nicht an chronischer Gedächtnisschwäche leiden würde, könnte er leicht irrsinnig werden. Aber zu seinem Glück vergah er selbst die größten Ereignisse, die um ihn wirbelten, wie die Tageszeitung in der Straßenbahn. Er arbeitete und schuftete, er lief an diesem schönen Herbstvormittag herum, wie jeden Tag.

Wirklich, es war ein sehr schöner Vormittag. Vom Tempeltempel bis zum Friedhof des Gokoku-Tempel sammelten sich fröhlich lärmend die Streikenden der Daido-Druckerei. Von der ersten bis zur sechsten Gruppe, mit Ausnahme der vielen Gruppen der S-Abteilung, der Vermittlungsgruppe und Jouragegruppe, versammelten sich ungefähr 2700 Arbeiter auf dem freien Platz, um ihren Kampf mit neuem Mut aufzunehmen.

Das gefallene Herbstlaub auf dem Hügel hinter dem Tempel und der Tempelgarten lagen im Raufreif.

„Gen-tjan - willst du nicht mein Partner sein?“

Ein Mädel mit Baden wie ein runder Reiskuchen und Beinen wie dicke Reiskweinschlacken, rief einen Arbeiter an, der neben ihr stand und vor Aufregung die Füße nicht ruhig halten konnte.

„Nein, das will ich nicht. Wenn ich so einen dicken Popo tragen soll, werde ich zusammenbrechen, ehe ich ans Ziel gekommen bin.“

Das war nicht gerade liebenswürdig. „Haha, du dumme Schlappschwanz.“ In einem Baum, inmitten des provisorischen Sportplatzes,

hing ein Zettel: „Blindes Pferderennen. Ausgewählt aus allen Gruppen.“

Unter der Sonne, die sie nicht oft zu sehen bekamen leuchteten die blassen Gesichter der Arbeiter und Arbeiterinnen vor Freude.

„Die Männer sind mit verbundenen Augen die Pferde, die Frauen sind die stummen Reiter. Habt ihr verstanden? Mit geben für die Sieger drei Preise. Jeder Preis ein Dutzend Handtücher. Habt ihr verstanden!“

Die Komiteemitglieder bestimmten jedesmal je drei Paare, die dem Spielleiter zu melden waren.

Einer lief schreiend mit einem Megaphon herum. Die Leute hatten keine Ahnung von Sport. Besonders Stafettenlauf war allen unbekannt. Sie hielten das vielleicht für den Namen einer ausländischen Medizin. Aber „Blindes Pferderennen“ kannten alle.

Auf der linken und rechten Seite bildete sich eine etwa 400 Meter lange Menschenmauer. Alle Augen leuchteten heute; die Massen hatten sich mit der Sonne angefreundet. Abgelegte Hüfen und Haoris hingen auf den Westen oder lagen auf den Steinen umher. In weitem Kreis umstanden uniformierte Polizisten und lauernde Zivilbeamte den Platz.

Weiß wurde ein Liebespaar als Partner zum blinden Pferderennen ausgewählt. Da sah man einen mageren Arbeiter, einer dürrtigen Frühlingssblume ähnlich, der ein dickes Mädel trug und unter der Last leuchtete.

„Mähung! Eins, Zwei, Drei, Los!“

Eine rote Signalfahne schlug herab; sie rannten los, unsicher wie kleine Kinder, die Laufen lernen. Aufgeregt durch die Signale und Zurufe lief das „Pferd“ blind und hilflos in die Menschenmauer, die Reiterin rief vor Schreck ihre Augen weit auf und lenkte das „Pferd“, indem sie heftig an den Ohren ihres Partners zog.

Wenn die Paare zusammenstießen und stürzten, kamen meist gleich zwei Pferde mit ihren Reiterinnen zu Fall. Das Pferd machte sich am Boden Staubig, die Reiterin kugelte herunter; daß man ihr rotes Unterzeug sah. Jubel und Hektigkeit, Händeklatschen und Zurufe. Dadurch angespornt, fing eine Tappere ihr blindes Ros, das sie, ohne sich abzuhängen, wieder heftig

